



## Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden- Württemberg

📅 29.09.2020

WASSERVERSORGUNG

# Muss der Bodensee bald das ganze Land mit Wasser versorgen?



📷 pinger

Beim Redaktionsbesuch beim Südkurier sagt Umweltminister Franz Untersteller wieso die Wasserversorgung im Land auch in Hitzesommern sicher ist und warum die Kommunen ihre Hausaufgaben bei der Energiewende nicht machen.

### **Herr Untersteller, Deutschland schwitzt, der Grundwasserpegel sinkt: Wie sieht es mit der Wasserversorgung im Land in Zeiten des Klimawandels aus?**

Die Wasserversorgung ist gesichert und das auch auf Dauer. 99 Prozent der Bevölkerung im Südwesten ist ans öffentliche Wassernetz angeschlossen. Nur ein ganz kleiner Teil bezieht Wasser aus lokalen Quellen. Das allerdings ist auf Dauer riskant, weil aufgrund der klimatischen Entwicklung die Gefahr

besteht, dass diese in heißen Sommern trocken fallen. Dann droht die Versorgung aus Tankwagen. Um das zu verhindern, müssen wir solche Ortschaften perspektivisch ans allgemeine Netz anschließen.

**Die Bodenseewasserversorgung (BWV), eines der größten Fernwasserunternehmen der Republik, lässt keine neuen Mitglieder mehr in ihren Zweckverband. Der Grund: An heißen Sommertagen sind die Pumpen am Limit...**

Darum tätigt die BWV auch gerade die größte Investition ihrer Geschichte und erweitert ihre Kapazitäten zur Wasserentnahme aus dem Bodensee erheblich. Das Ziel ist es, die in die Jahre gekommene Infrastruktur auszutauschen und für neue Herausforderungen wie die Quagga-Muschel fit zu machen, aber eben auch die Wasserversorgung im Land für die kommenden Jahrzehnte sicherzustellen. Dafür müssen die Möglichkeiten geschaffen werden, mehr Wasser aus dem Bodensee zu entnehmen, um mehr Menschen versorgen zu können.

**Verträgt das Ökosystem Bodensee das?**

Wir haben kein Mengenproblem. An einem warmen Tag verdunstet deutlich mehr Wasser aus dem Bodensee, als die Wasserwerke dem See entnehmen. Das hat insofern keine Auswirkungen, etwa auf den Wasserspiegel. Da muss sich niemand Sorgen machen.

**Sie sind einer der größten Befürworter des Verbots von Schottergärten. Neugebaut werden dürfen sie jetzt nicht mehr. Aber müssen alte auch abgerissen werden?**

Es ist mir schleierhaft, wie man vor dem Hintergrund immer heißerer Sommer auf die Idee kommen kann, um sein Haus massenweise Steine zu legen. Für das Mikroklima ist das eine Katastrophe, es verstärkt die Hitze nur noch. Es gibt aber auch andere Aspekte, die das Verbot rechtfertigen. In der Landwirtschaft tun wir viel, um Biodiversität wieder herzustellen. Das darf auch vor Privathaushalten nicht haltmachen. Insekten fressen nun mal keine Steine. Die Insekten brauchen wir aber. Insofern finde ich, dass sich Schottergärten einfach nicht mehr gehören.

**Noch einmal die Frage: Müssen angelegte Steingärten rückgebaut werden?**

Im Umweltministerium sind wir der Meinung, dass das geschehen muss. Die im Wirtschaftsministerium angesiedelte oberste Baurechtsbehörde sieht das derzeit noch anders. Vermutlich wird diese Frage am Ende vor einem Gericht landen und dort geklärt werden. Und ich gehe davon aus, dass die Entscheidung zugunsten des Naturschutzes ausfällt.

**Im neuen Klimaschutzgesetz ist deutschlandweit erstmalig eine Fotovoltaik-Pflicht auf Gewerbegebäuden vorgeschrieben. Auf kommunalen und Landes-Dächern sucht man die Anlagen oft vergebens. Nimmt der Staat da andere in die Pflicht, sich selbst aber nicht?**

Das stimmt so nicht. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Anzahl der Fotovoltaik-Anlagen (PV) auf Landesdächern verdoppelt. Dort stehen mittlerweile 100 000 Quadratmeter Module. Auf alle neuen Gebäude des Landes müssen PV-Anlagen drauf.

**Aber auf dem Gebäudebestand gibt es immer noch gewaltige Potenziale, die brachliegen, oder?**

Kein Gesetz ist so gut, dass man es nicht noch besser machen kann. Ich würde mir tatsächlich wünschen, dass man deutlich mehr der rund 8000 Liegenschaften in öffentlicher Hand in Baden-Württemberg mit Solaranlagen ausstattet. Da sehe ich aber auch die Kommunen in der Pflicht. Übrigens würde das auch wirtschaftlich Sinn machen, weil die Eigenstromerzeugung so günstig ist wie nie.

## **Der Ausbau von Freiflächen-PV-Anlagen geht hierzulande schleppend voran. Was geht im Südwesten schief?**

Bei diesem Thema leide ich wirklich. Ich kann mir die Zurückhaltung, die die Kommunen hier an den Tag legen, nicht erklären. Bayern hat zuletzt in etwa die zehnfache Menge an Anlagen errichtet wie wir.

### **Woran liegt es?**

In erster Linie müssen die Kommunen ihre Bebauungspläne stärker für die Solarnutzung öffnen. Das tun sie im Moment noch viel zu wenig. Die Linie des Gemeindetags und seines Präsidenten ist da unverständlich restriktiv. In Bayern ist man da weiter. Da sind die Kommunen deutlich aufgeschlossener. Ich werde in der Sache aber nicht nachlassen. Auch und gerade in Zusammenarbeit mit einem neuen Gemeindetagspräsidenten, der 2021 gewählt wird.

### **Haben die Kommunen das Thema erneuerbare Energien nicht auf dem Schirm?**

Sie müssen es in jedem Fall noch stärker in den Blick nehmen. In keinem anderen Bundesland geht durch den Atom- und Kohleausstieg so viel Kraftwerksleistung vom Netz wie in Baden-Württemberg. Wenn wir ein Industrieland bleiben und uns nicht vollständig von den Stromtrassen aus dem Norden abhängig machen wollen, brauchen wir auch eine gewisse Erzeugung hier im Land. Im Moment bauen wir etwa 400 Megawatt neue Erneuerbare-Energie-Anlagen pro Jahr zu. Wir bräuchten aber 650 Megawatt.

### **Für die schlechten Zahlen ist auch der schleppende Windkraftausbau verantwortlich. Die Branche belasten überlange Genehmigungsverfahren im Vergleich zu anderen Bundesländern...**

Das ist Unsinn. Die Dauer der Genehmigungsverfahren bei uns unterscheidet sich nicht von der anderswo. Wie sollte sie auch. Der größte Teil der Genehmigungen geht auf Bundesrecht zurück, ist also überall gleich. Klar ist aber, dass ein durchschnittlicher Genehmigungsprozess zum Bau eines Windrads 5,5 Jahre dauert, und das ist deutlich zu lang.

### **Was wollen Sie tun?**

Wir müssen mehr Flächen als Windvorranggebiete ausweisen. Derzeit sind dies 0,3 Prozent der Landesfläche. Wir brauchen aber um die zwei Prozent der Fläche, die für die Windkraft zur Verfügung stehen. Außerdem müssen die Landeswälder stärker für Windkraft geöffnet werden. Diese beiden Punkte müssen auch in den kommenden Koalitionsvertrag 2021. Um die Klageflut gegen Windräder zu verhindern, muss zudem der Klageweg beschränkt werden.

Quelle: [Südkurier](#), Fragen: Walther Rosenberger und Dominik Dose